

ANTRÄGE

1) Petition an den Landtag Steiermark und die Steiermärkische Landesregierung: Förderung des guten Zusammenlebens aller Generationen – Adaptierung des Steiermärkischen Baugesetzes

GR.ⁱⁿ **Potzinger** und GR. Dipl.-Ing. **Topf** stelle folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Steiermärkische Baugesetz regelt notwendige Maßnahmen, um die Lebensqualität in Wohnanlagen zu wahren. Um beispielsweise für Kleinkinder in Wohnanlagen Spielmöglichkeiten im Freien zu sichern, sind entsprechende Grundstücksteile zwingend dafür bereitzustellen. Es fehlen aber oft Bewegungsräume im Freien und Indoor-Aufenthaltsräume für Jugendliche, die auch generationenübergreifend genutzt werden könnten. Ein weiteres Anliegen, das betroffene Anrainer an uns herangetragen haben, betrifft die Höhe von Hecken, die derzeit nicht geregelt ist. Im § 11 Abs 3 Stmk BauG ist zwar die Höhe von Mauern ohne Genehmigung mit 1,5m limitiert, Hecken sind davon aber nicht betroffen und so kommt es oft zu massiven Beeinträchtigungen der Nachbargrundstücke. Als drittes Beispiel nennen wir das Thema Hundewiesen in oder in der Nähe von Wohnanlagen, wofür es derzeit keine Regelung gibt. Es bedarf daher einiger Änderungen des Steiermärkischen Baugesetzes, um entsprechende Maßnahmen zwingend vorzuschreiben. Wir erachten es im Interesse der Bewohnerinnen für dringend notwendig, dass möglichst rasch die erforderlichen Schritte veranlasst werden.

Daher stellen wir namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Wir appellieren daher auf dem Petitionswege an den Landtag Steiermark und an die Steiermärkische Landesregierung, das Steiermärkische Baugesetz entsprechend dem Motivenbericht zur Steigerung der Lebensqualität in Wohnanlagen zu novellieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Vereinheitlichung der schulautonomen Tage an allen Pflicht- und Höheren Schulen in Graz

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die schulautonomen Tage sind für viele Familien, vor allem jene, die mehr als ein Kind in einer Schule in Graz haben, ein großes Problem, eigentlich ein Ärgernis. In den letzten Tagen wurde den Eltern wieder zur Kenntnis gebracht, wann in der jeweiligen Schule zusätzlich zu den langen Sommer-, Weihnachts-, Semester- und Osterferien ihre Kinder noch Ferien beanspruchen können. Dabei kommt es dazu, dass z.B. bei einer zwei-Kind-Familie das erste Kind Ferien jetzt im Oktober, das zweite zweimal zusätzliche freie Tage einmal im Anschluss an Ostern und einmal an Pfingsten hat. Für die Eltern sind die vielen Ferien ihrer Kinder eine enorme Herausforderung die Betreuung betreffend. Selbst wenn Großeltern zur Verfügung stehen, ist es meist nicht möglich, dass beide Elternteile zusammen mit ihren Kindern die Ferien verbringen.

Im Namen der Grazer Volkspartei stelle ich daher folgenden

A n t r a g:

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl möge sowohl an den Stmk. Landesschulrat als auch an das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur mit dem dringenden Ersuchen herantreten, die schulautonomen Tage abzuschaffen und Ferienzeiten einheitlich für alle Schultypen zu erlassen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Bahnunterführung in der Liebenauer Hauptstraße

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Ein Leitsatz des Stadtentwicklungskonzeptes ist die „Stadt der kurzen Wege“ und damit die gute Erreichbarkeit von Stadtteilen. Auf Grund des Ausbaus der Ostbahn (von Graz in Richtung Gleisdorf, Feldbach, Fehring und Jennersdorf) ergeben sich beim Bahnübergang in der Liebenauer Hauptstraße immer öfter die Notwendigkeit von Bahnschrankschließungen, die Staus und lange Wartezeiten nach sich ziehen.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

A n t r a g:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen prüfen, inwiefern durch eine Unterführung an der Eisenbahnkreuzung in der Liebenauer Hauptstraße eine Verbesserung der Erreichbarkeit des Bezirkes Liebenau und der Nord-Süd-Verbindung erreicht wird.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Gesicherter Übergang bei der Bushaltestelle „Leberackerweg“

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Sicherheit im Straßenverkehr – für alle, vor allem für unsere Kinder eine wesentliche Aufgabe in der Stadt Graz.

Durch die Neuerrichtung der Bushaltestelle „Leberackerweg“ in der Liebenauer Hauptstraße und durch den Zuzug der zahlreichen BewohnerInnen in den neuen Wohnungen der umliegenden Gassen überqueren auch viele Schulkinder, die die VS Murfeld besuchen, an der neuen Haltestelle diese Straße. Wirklich sicheren Schutz bieten nur ampelgeregelter Schutzwege – diese befinden sich ca. 500 Meter nördlich und südlich der Bushaltestelle. Diese werden auf Grund der Entfernung aber nicht angenommen. Laut den zuständigen Behörden ist ein weiterer ampelgeregelter Schutzweg in der Liebenauer Hauptstraße nicht mehr geplant.

Ein Schutzweg mit Zebrastreifen bietet laut ExpertInnen nur vermeintliche Sicherheit. Die BenutzerInnen von Schutzwegen – vor allem Kinder – fühlen sich beim Überqueren zwar sicher, werden aber von herankommenden AutofahrerInnen oft

erst sehr spät wahrgenommen. Daher kommt es bei solchen Übergängen immer wieder zu schweren Unfällen.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, durch das Aufstellen von Hinweisschildern (Achtung Kinder) und durch eine entsprechende Markierung (optische Verengung der Fahrbahn) einen Schutzweg in diesem Bereich zu errichten und damit zu einer verbesserten Sicherheit der VerkehrsteilnehmerInnen im Bereich der Bushaltestelle Leberackerweg beizutragen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Park- und Halteverbot (Ausgenommen Anrainer) in der Neugasse

GR. **Martiner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Neugasse ist eine Sackgasse Richtung Pongratz-Moore-Steg (Murradweg) und erschließt als reine AnrainerInnenstraße Einfamilienhäuser und Mehrparteienhäuser. In der jüngsten Vergangenheit wurden hier weitere Mehrparteienhäuser mit 16 bis 20 Wohneinheiten gebaut, wobei bei zwei Häusern auch Parkgaragen miterrichtet wurden. Allerdings gibt es nicht für alle Wohneinheiten Parkgaragen, weswegen sich natürlich AnrainerInnen gezwungen sehen, auch in der Neugasse ihre Fahrzeuge zu

parken. Was aber zum Teil verunmöglicht wird, da diese Gasse von Pendlerinnen und Pendlern verparkt wird, die die Busanbindung in die Innenstadt (Haltestelle Neugasse) nutzen. Das führt zunehmend zu einer doppelten Verärgerung der AnrainerInnen: Einerseits finden sie in „ihrer“ Gasse keine Parkmöglichkeiten, zum anderen ist durch den PendlerInnen-Parksuchverkehr in dieser Sackgasse sowohl in den Morgen- als auch Nachmittag- und Abendstunden eine nicht unerhebliche Verkehrs- und damit Lärm- und Umweltbelastung festzustellen.

Ich stelle daher Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

Antrag,

die zuständigen Stellen mögen beauftragt werden, für die Neugasse ein generelles Park- u. Halteverbot mit der Ausnahme für Anrainerinnen und Anrainer zu erlassen, damit die Neugasse nicht mehr von „FremdparkerInnen“ benutzt wird, der Parksuchverkehr bzw. der Zu- und Abfahrverkehr in dieser Sackstraße und damit die Umweltbelastungen für die AnrainerInnen minimiert werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Verkehrsbelastung Weinitzenstraße

GR. **Martiner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Verkehrsbelastung in der Weinitzenstraße hat mittlerweile ein für alle AnrainerInnen unzumutbares Ausmaß erreicht: Täglich rollen, oftmals mit überhöhter Geschwindigkeit, tausende Fahrzeuge – und da vor allem vermehrt Schwerfahrzeuge - durch die Weinitzenstraße. Was vor allem daran liegt, dass die Gewichtsbeschränkung für den Schwerfahrzeugverkehr auf der Weinitzenstraße aufgehoben wurde. Dazu kommt, dass sich diese Straße in einem äußerst schlechten Zustand befindet. Entsprechend unerträglich ist für die AnrainerInnen die Lärmbelastung geworden; auch die Luftqualität hat sich durch die Abgase und den Staub enorm verschlechtert. Und so kommt es nicht von ungefähr, dass die AnrainerInnen nicht nur über eine deutlich verminderte Wohn- und Lebensqualität klagen, viele fürchten, dass die zuletzt gestiegene Anzahl an Erkrankungen auch auf diese Belastungen zurückzuführen ist.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag,

die im Motivenbericht beschriebenen Belastungen für die AnrainerInnen zu vermindern, indem folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Errichtung optischer Geschwindigkeitsanzeigen
- Geschwindigkeitskontrollen durch Radarmessungen
- Neuasphaltierung der Weinitzenstraße
- Rückstufung der Gewichtsbeschränkung auf 7,5 Tonnen
- kostenloser Bau von Lärmschutzwänden

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Prüfung möglicher geeigneter Straßenzüge zur Errichtung von Ferienstraße ab Sommer 2013

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Auf Initiative einer regen BürgerInneninitiative im Bezirk Geidorf konnte im vergangenen Sommer vom 03. bis 05. August sehr erfolgreich das Projekt „Ferienstraße“ pilotiert werden. Hierfür ist insbesondere den InitiatorInnen der „BI zur Erhaltung und Belebung des Margarethenbades“, aber auch den involvierten Abteilungen im Haus Graz, dem Kinderbüro und dem Ressort der Vizebürgermeisterin Lisa Rücker zu danken.

Im Zuge der dreitägigen Aktion in der Grillparzerstraße vor dem Margarethenbad konnte durch die Beschränkung des motorisierten Individualverkehrs temporär neuer Aufenthalts- und Begegnungsraum geschaffen werden, der von den NutzerInnen des Freibades genauso angenommen wurde wie von NachbarInnen und Neugierigen aus anderen Stadtteilen. Statt parkender Autos war für drei Tage mehr Raum zum Spielen, zum Kommunizieren oder auch nur zum Zusammenkommen. Eltern konnten ihre Kinder im Straßenraum herumtollen lassen und die Kinder konnten so ein Stück Stadt für sich erobern.

Da das Verkehrsaufkommen und der Parkdruck in den Ferienwochen um einiges geringer ist als in den übrigen Monaten, vor allem aber da die Kinder mehr im Freien sein können und wollen, sollte das Konzept der Ferienstraßen weiterverfolgt und ausgebaut werden.

Ein Ziel sollten Ferienstraßen sein, die ihrem Namen gerecht werden, d.h. über die gesamte Zeit der Schulferien Gültigkeit haben. Und es bieten sich andererseits neben Straßen im Nahbereich der Grazer Bäder (das sind neben dem Margarethenbad das Straßganger Freibad, die Auster in Eggenberg und das Ragnitzbad) auch Straßen im Umfeld von weiteren - von Kindern und Jugendlichen - stark genutzten Einrichtungen

an. Beispielsweise könnte die Jahngasse vor der Landesturnhalle, die Gabelsbergerstraße im Bereich des Fratz Graz Abenteuerspielplatzes, die Friedrichgasse im Bereich des Kindermuseums FRida & freD oder die Kastelfeldgasse im Bereich ATG-Turnhalle zur Ferienstraße erklärt werden.

In diesem Sinne stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

A n t r a g :

Vizebürgermeisterin Verkehrsreferentin Lisa Rücker sowie die zuständigen Abteilungen werden ersucht, das Konzept „Ferienstraße“ weiterzuverfolgen und bereits im Sommer 2013 auszubauen.

1. In diesem Sinne möge geprüft werden, welche weiteren Straßenzüge oder Straßenteilstücke besonders im Nahbereich diverser Freizeiteinrichtungen (wie im Motivenbericht dargestellt) für die Errichtung von Ferienstraßen geeignet scheinen.
2. Es möge darüber hinaus auch geprüft werden, ob die Einrichtung von Ferienstraßen über längere Zeiträume, eventuell über die gesamten neun Wochen der Sommerferien, möglich ist.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Stadtbäume – Zusammenarbeit mit dem internationalen Arbeitskreis Stadtbäume

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Auf www.galk.de findet sich ein sehr interessanter Arbeitskreis zum Thema Stadtbäume: „Bäume in der Stadt sind Ausdruck für Lebensqualität. Sie prägen das Bild der Straßen und Stadtteile. Ebenso wichtig sind ihre ökologische Funktion und ihre Bedeutung für das Stadtklima. Im Gegenzug bieten Städte ihren Bäumen miserable Lebensbedingungen. Stadtbäume sind belastet durch versiegelte und verdichtete Böden, Nährstoffarmut und Wassermangel, Anfahrtschäden durch Autoverkehr und Verletzungen bei Baumaßnahmen. All dies senkt ihre Lebenserwartung dramatisch, wovon Bäume an Straßen deutlich stärker betroffen sind als Parkbäume.“ (Zitat)

Der internationale Arbeitskreis Stadtbäume befasst sich seit 1975 mit diesem Themenfeld und erarbeitet Lösungsansätze zu aktuellen Problemen. Seit 2005 werden in zwölf Teilnehmerstädten, darunter zahlreiche deutsche Städte und auch Wien, im Rahmen eines Straßenbaumtests mehr als 30 Arten und Sorten Versuchsbäume angepflanzt. Ziel ist es herauszufinden, welche Bäume angesichts der geänderten Rahmenbedingungen durch den Klimawandel als Stadtbäume am besten geeignet sind und die Ergebnisse untereinander auszutauschen.

Da auch die Stadt Graz massiv von diesem Thema betroffen ist und auch hierorts für die geänderten Rahmenbedingungen besonders geeignete Baumarten geprüft werden, stelle ich seitens des grünen Gemeinderatsklubs – ALG den

A n t r a g :

Die zuständige Abteilung für Grünraum und Gewässer möge eine Kooperation der Stadt Graz mit dem internationalen Arbeitskreis Stadtbäume prüfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Mehr Sitzgelegenheiten an Muruferpromenade

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Muruferpromenade wird von vielen Grazerinnen und Grazern sehr geschätzt. Leider gibt es zu wenige Sitzgelegenheiten, um ein wenig innezuhalten – ein Umstand, der rasch behoben werden kann und dabei kaum Kosten verursachen würde.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz beauftragt die betreffenden Stellen, die Murpromenade ausreichend mit Sitzbänken zu versehen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Öffnung der Waisenhauskaserne für Kultur und Bildung

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Viele Künstler in Graz sind ständig auf der Suche nach Probelokalitäten, Ateliers oder Probebühnen.

Ob es nun Theatergruppen, Musikensembles oder bildende Künstler sind, die passenden Räumlichkeiten sind rar.

Die alte Waisenhauskaserne in der Grenadiergasse (in Verwaltung der Landesimmobiliengesellschaft) böte nicht nur durch ihre hohe Anzahl von Räumlichkeiten - die nicht alle genutzt scheinen - eine hervorragende Möglichkeit für den Bereich produzierender und reproduzierender Kunst, auch Bildungsinstitutionen könnten diesen Ort verstärkt nutzen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz tritt an das Land Steiermark und die LIG heran, um die ehemalige Waisenhauskaserne in der Grenadiergasse für Grazer Theatergruppen, Musiker und bildende Künstler, aber auch für Bildungsinstitutionen zumindest teilweise zu öffnen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Verkleidung der Sitzflächen in Wartehäuschen

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Um den öffentlichen Verkehr attraktiver zu gestalten, sollte auch die Wartezeit angenehmer verbracht werden können.

In der frostigen Jahreszeit wirken die harten und kalten Metallbänke in den Wartehäuschen nicht besonders anziehend und dienen bestenfalls als Taschenablage, aber nicht als Sitzgelegenheit. Dabei warten insbesondere ältere Menschen nicht gerne stehend auf die Straßenbahn.

Eine Verkleidung der metallenen Sitzfläche könnte auch in kälteren Monaten das Warten auf die Bim erleichtern.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz mögen dafür Sorge tragen, dass die Sitzflächen der Metallbänke an den Haltestellen von Straßenbahn und Bus durch Verkleidung (z. B. durch Holz) auch in der kalten Jahreszeit besser von den Fahrgästen angenommen werden können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Eisstadion Liebenau - Behindertensektor

GR.ⁱⁿ **Schloffer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Nach Schilderung eines Betroffenen gibt es im Behindertensektor des Eisstadions Liebenau nicht mehr länger tolerierbare Unzulänglichkeiten: Zuwenig Platz für Fans, welche auf den Rollstuhl angewiesen sind, eine Auffahrtsrampe, die nicht den Vorschriften entspricht, kein Handlauf bei der Rampe werden als gravierendste Probleme genannt.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden darauf hingewiesen, eine Adaptierung des Behindertensektors im Eisstadion Liebenau voranzutreiben, damit dieser den geltenden Gesetzen entspricht und damit genügend Eishockeyfans mit besonderen Bedürfnissen bei einem Spielbesuch auch Platz finden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Bürgernähe im Grazer Gemeinderat

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Als bürgernah wird eine Verwaltung oder eine Regierung dann bezeichnet, wenn sie auf die Bedürfnisse, Probleme und die allenfalls geäußerten Wünsche der BürgerInnen eingeht oder auch, wenn es um mehr Transparenz und Service bei der täglichen Arbeit der PolitikerInnen im Sinne der BürgerInnen geht.

Im Grazer Gemeinderatssaal ticken die Uhren jedoch leider anders. Sehr oft schon traten ZuhörerInnen der Tribüne des Gemeinderatssaales mit der Frage an mich heran, ob es nicht möglich wäre, dass es bei den Sitzungen des Grazer Gemeinderates mehr Transparenz und Service gäbe. Die ZuhörerInnen haben nämlich leider keine Möglichkeit, in die Tagesordnung der öffentlichen Gemeinderatssitzung vor Ort Einsicht zu nehmen. Für die anwesenden BürgerInnen vergehen oft Stunden, bis diese einen für sie eventuell interessanten Tagesordnungspunkt zu Gehör bekommen. Auch die vielen Anträge an den Gemeinderat und die Anfragen an den Herrn Bürgermeister gehen größtenteils still und leise und ohne Veröffentlichung auf der Gemeinderatstribüne an den BürgerInnen vorüber.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die dafür zuständigen Stellen des Magistrats und der Herr Bürgermeister werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe und im Sinne von mehr Bürgernähe, Service und Transparenz für die BürgerInnen geeignete Maßnahmen zu evaluieren, dass für Anwesende auf der Tribüne des Grazer Gemeinderatssaales während einer Gemeinderatssitzung die Möglichkeit geschaffen wird, in die Tagesordnung der öffentlichen Gemeinderatssitzung Einblick zu bekommen und auch die vielen Anträge an den Gemeinderat und die Anfragen an den Herrn Bürgermeister zu veröffentlichen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Gradnerstraße – Errichtung einer Bus-Haltestelle der Graz Linien

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Gradnerstrasse 40 in Graz Puntigam entstehen zurzeit neben den bereits bestehenden Mietwohnungen im mittlerweile dritten Bauabschnitt 14 geförderte Mietwohnungen für SeniorInnen in Niedrigenergiebauweise. Das betreute Wohnen der Caritas ist eine geförderte Wohnform für SeniorInnen, die solange wie möglich selbstbestimmt und unabhängig in ihren eigenen vier Wänden leben wollen. Dabei werden sie vor Ort von einer sozialen Fachkraft in allen Dingen des Alltags unterstützt und begleitet. So können sie die Annehmlichkeiten einer altersgerechten Mietwohnung mit der Sicherheit konkreter Betreuungsleistungen verbinden.

Zur Zielgruppe gehören ältere Menschen ab dem vollendeten 54. Lebensjahr, die aufgrund ihrer persönlichen Lebensumstände diese Wohnform nützen oder die kurz- bis mittelfristig nicht mehr in der Lage sind, in ihrer eigenen Wohnsituation zu verbleiben.

Nun sind jedoch einige BewohnerInnen an mich herangetreten, da sich das Problem ergibt, dass die gesamte Wohnanlage nicht optimal an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen ist. Die Bushaltestellen „Gradnerstraße Industriepark“ und „Am Leopoldsgrund“ befinden sich jeweils zu weit entfernt, als dass diese für ältere und gehbehinderte Personen erreichbar wären.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an den Grazer Gemeinderat folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats und die zuständige Frau Vizebürgermeisterin werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe an die Holding Graz heranzutreten, um zu evaluieren, ob zwischen den Haltestellen „Gradnerstraße Industriepark“ und „Am Leopoldsgrund“ eine Öffi-Bushaltestelle der Graz Linien errichtet werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Parkleitsystem rund um das Liebenauer Stadion und die Eishalle

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am Sonntag, dem 7.10.2012, glich das Gebiet rund um das Stadion Liebenau und die Eishalle einem kleinen Ausnahmezustand. Um 16 Uhr begann das Fußballspiel zwischen Sturm Graz und Austria Wien, um 17.45 Uhr startete in der Eishockeyhalle nebenan das Duell zwischen Graz 99ers und Innsbruck mit insgesamt rund 17.500 Fans und Anhängern aller Mannschaften. Schon „normale“ Spieltage in Liebenau halten die Parkplatzsuchenden aber auch die Polizei ordentlich auf Trab. Jedoch was sich an diesem Tag rund um die beiden Stadien abspielte, war einzigartig. Sieger dieser beiden Begegnungen war übrigens der städtische Abschleppdienst.

Handlungsbedarf besteht ja schon seit der Neuerrichtung des Stadions Liebenau. Bereits damals wurde von den verantwortlichen Politikern ein funktionierendes Parkleitsystem versprochen. Bis heute hat die Stadt Graz dieses jedoch nicht verwirklicht. Auch eine bessere Anbindung an die bestehenden Park-&-Ride-Anlagen im Murpark und in Thondorf an Spieltagen fehlt noch immer. Auch könnte der A2-

Zubringer, welcher ja bis auf Höhe des Murparks im Besitz der Stadt Graz steht, wieder als Parkplatz genützt werden und so den starken Verkehrsstrom an Spieltagen entschärfen, ist dieser doch auch zu Fuß bequem erreichbar.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die dafür zuständigen Stellen des Magistrats, die Verkehrsreferentin und der zuständige Sportstadtrat werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe und der Dringlichkeit des Problems rasch eine geeignete Lösung im Sinne der vielen tausend Anhänger und Fans sowie der um die Stadien wohnenden Bevölkerung zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang würde eine geeignete Maßnahme auch zur Reduzierung der Feinstaubwerte im Großraum Graz beitragen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Pädagogische Vermittlung von guten Umgangsformen

GR.ⁱⁿ **Benedik** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Gutes Benehmen bei Tisch, in der Gesellschaft, am Arbeitsplatz, bei Einladungen, Geschäftsessen - diese Liste ließe sich beliebig lange fortsetzen - sind wesentliche Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens. Deshalb ist es auch unerlässlich, Kinder schon im frühesten Alter gutes Benehmen zu lehren, damit gute Umgangsformen in allen Bereichen des Lebens zur Selbstverständlichkeit werden.

Grundsätzlich ist die Familie das ideale Umfeld, gutes Benehmen in jeglicher Form zu erlernen. Jedoch sind viele Eltern mit der Kindererziehung überfordert, sie bräuchten daher selbst einen „Benimmunterricht“.

Gute Umgangsformen, Höflichkeit und Regeln des sozialen Umgangs tragen in allen Lebensbereichen dazu bei, in der Gesellschaft anerkannt zu werden. Des Öfteren wirkt sich gutes Benehmen auch positiv auf Arbeitsplatzentscheidungen aus.

Zunehmend wird gefordert, einen „Benimmunterricht“ in den Unterricht einfließen zu lassen. Es gibt auch verschiedene Schulprojekte, die sich diesem Thema verstärkt widmen bzw. manche Schulen bieten das Unterrichtsfach „Umgangsformen, Benehmen, Verhalten“ an.

Deshalb stelle ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, eine systematisch pädagogische Vermittlung von guten Umgangsformen in allen Lebensbereichen für alle Kinder als Fach in den Unterricht einfließen zu lassen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Billa-Eck: Soziothek

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In den Gemeinderatssitzungen vom 15. März 2012 und 18. April 2012 wurden von mir zwei dringliche Anträge zum Themenkomplex „Billa-Eck“, Stichwort Soziothek, eingebracht und mit Mehrheit angenommen.

Im Namen des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich nun folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Landeshauptstadt Graz werden beauftragt, bis zur nächsten Gemeinderatssitzung einen Bericht vorzulegen, wie die Inhalte der dringlichen Anträge umgesetzt wurden beziehungsweise welche Maßnahmen gesetzt wurden und bis wann mit einem Endergebnis zu rechnen ist.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

18) Anbringung der Fahrkartenautomaten für Bus und Straßenbahn an Haltestellen

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit Jahr und Tag kennt jeder Bürger von Graz dieses Problem: Man steigt in die Straßenbahn, will eine Karte kaufen und ist schon fast am Zielort, bis man selbige erstanden hat. Zu Stoßzeiten ist die Drängelei besonders schlimm und muss man sich einem Kontrollor erklären, fühlt man sich schnell ein wenig kriminalisiert. Dieses Problem könnte man sehr schnell und unkompliziert in den Griff bekommen, indem man die Fahrscheinautomaten an den Haltestellen platziert. In Linz hat dieses System schon blendend funktioniert und es entlastet zudem die Chauffeure und die Fahrgäste. Eine sogenannte „Win-win-Situation“. Bei den Automaten müsste natürlich das gesamte Angebot an Stunden-, Tages- und Monatskarten nebst den verschiedenen Ermäßigungen vorhanden sein. Dadurch stellt sich auch für Fahrgäste und Kontrolleure nie wieder die Frage, ob jemand zu Unrecht abgestraft wurde, denn die Karten müssten ja schon bei der Haltestelle gekauft worden sein.

Daher stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die zuständigen Eigentümervertreter der Stadt setzen sich bei der Holding Graz beziehungsweise den Graz Linien für die Anbringung von Fahrscheinautomaten bei den entsprechenden Bus- beziehungsweise Straßenbahnhaltestellen ein.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

19) BürgerInnenbeteiligung

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Von BürgerInnenbeteiligung wird in Graz oftmals gesprochen, aber niemand hält sich im Grunde daran. Ein Gradmesser dafür ist das Entstehen unzähliger Bürgerinitiativen, welche versuchen, dem Recht der Menschen zum Durchbruch zu verhelfen (Rosenhain, Hochwasseropfer, Plattform zum Schutz von Bauten etc). Der Eindruck der Bevölkerung ist derzeit, dass es sich beim Gemeinderat um kein Instrument der repräsentativen Demokratie handelt, sondern eine Mehrheit der Politiker im Gemeinderat die Wünsche einer einflussreichen Minderheit bevorzugt. Das ist in allen Bereichen so und war auch beim kürzlich stattgefundenen Bürgerbeteiligungsbeirat „Mehr Zeit für Graz“ zu spüren.

Allein das Thema Volksbefragung ist in Graz von der falschen Seite her aufgezümt. Nicht die Bürger haben die Volksbefragung als Initiativrecht, sondern die Politiker, was grundsätzlich einen Widerspruch birgt. Daher ist es an der Zeit, sich ehrlich und vernünftig mit dem Thema BürgerInnenbeteiligung auseinanderzusetzen. Die Involvierung von informierten und mündigen Bürgern in den politischen Prozess ist ein Zeichen der Zeit, das wahrgenommen werden muss, sonst werden verkrustete Strukturen von eben jener Zeit überholt.

Daher stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

- verpflichtende Volksbefragungen und Volksabstimmungen ab 10.000 Unterschriften der Grazerinnen und Grazer
- Einrichtung eines Petitionsausschusses im Gemeinderat – Petitionen ab 300 Unterschriften müssen im Ausschuss behandelt werden und als eigener

Tagesordnungspunkt im Gemeinderat diskutiert werden – samt Anhörung des/der Erstunterzeichners/in

- verpflichtende Sprechtage von Stadtregierungsmitgliedern (ein Tag alle zwei Wochen) und Gemeinderäten (einmal im Monat) zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürgern und Politik.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

20) Erweiterung des Paybox-Zahlungssystems in Straßenbahnen

GR. **Schröck** stellt folgende Frage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Für Menschen mit Behinderung ist es in Straßenbahnen und Bussen nicht möglich, ohne fremde Hilfe eine Fahrschein zu erstehen. Die Automaten sind für sie schlichtweg nicht erreichbar, was teilweise auch für die Fahrstände der Chauffeure gilt, welche die Karten verkaufen, sollte sich kein funktionierender Automat im Bus oder in der Straßenbahn befinden. Dadurch zwingt man Menschen mit Behinderung, „schwarz“ zu fahren, was nicht im Sinne einer Stadt sein kann, die zu Recht Millionen in die Anschaffung von Niederflurbussen und –bahnen investiert.

In diesem Fall ist eine schnellstmögliche Lösung angezeigt, indem man das Paybox-Graz-Linien-Ticket-System (zahlen mittels Mobiltelefon – Fahrticket wird per SMS zugestellt) erweitert. In Zukunft soll es möglich sein, auch ermäßigte und Karten für mobilitätseingeschränkte Personen über diesen Dienst erstehen zu können. Dies würde eine enorme Erleichterung für Menschen mit Behinderung bedeuten, die

ansonsten Gefahr laufen, abgestraft zu werden. Dies kam in der Vergangenheit schon häufiger vor und ist in höchstem Maße diskriminierend.

Daher stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die zuständigen Eigentümervertreter der Stadt setzen sich bei der Holding Graz beziehungsweise den Graz Linien für eine Erweiterung im Sinne der im Antragstext enthaltenen Vorschläge des Paybox-Bezahlsystems in Straßenbahnen und Bussen ein.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

21) Antrag, zwecks Minderung/Eliminierung gesundheitlicher Fehlbelastung von MitarbeiterInnen der Stadt Graz inklusive Beteiligungen plus der Minderung der damit einhergehenden Kosten für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz durch Bürgermeister Mag. Nagl eine Lenkungsgruppe zu installieren

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Es ist bei gegebenem Interesse als bekannt zu benennen, dass von exemplarisch zu benennenden StraßenbahnfahrerInnen bis hin zu zahlreichen weiteren MitarbeiterInnen der Stadt Graz – somit einschließlich der städtischen Beteiligungen – mehr oder minder deutliche und bis hin zu beruflicher Einschränkung oder gar

Berufsunfähigkeit reichende nachteilige Auswirkungen evident sind. Meiner festen Überzeugung nach hat das die Politik und hier allen voran den Grazer Gemeinderat in höchstem Ausmaß zu interessieren, da damit auch Verantwortung und Haftung – in zivilrechtlicher wie auch in moralischer und politischer Hinsicht - einhergehen.

Wir reden hierbei nicht von leichtfertig dazu unterstellter Arbeitsunlust, etc. – sondern von oftmals sogar praxisorientiert und einfach bzw. mit jedenfalls vertretbarem Aufwand abstellbaren nachteiligen Umständen. Ob es sich nun um geeignete ergonomische Sitze handelt, ob es gegen Zugluft angeht, oder ob die Luftqualität zu verbessern ist, ob Bewegungsarten bei Handhabungen anzupassen sind, oder sinnverwandt mehr. In diesem Zusammenhang kann aber auch nicht unerwähnt bleiben, dass weder die hierarchischen noch die sozial eigentlich dazu berufenen Institutionen deren Aufgaben vollumfänglich gerecht werden bzw. sich adäquat entfalten können – was wohl auch eine nähere Betrachtung rechtfertigen sollte.

In diesem Zusammenhang stellt der unterfertigte Gemeinderat folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Das im Grazer Stadtsenat für das Präsidialamt zuständige Mitglied – Herr Bürgermeister Mag. Nagl - wird beauftragt, spätestens im April 2013 allen GR-Mitgliedern eine vollständige Auflistung aller seit Anfang 2012 angefallenen und auf gesundheitliche Fehlbelastung am Arbeitsplatz zurückzuführende Ausfälle und Aufwendungen zu übermitteln und einen profunden Vorschlag beizuschließen, wie dem konkret – d.h. mit zeitlicher Angabe und Aufwandszuordnung – zumindest mindernd bzw. möglichst abstellend beizukommen ist.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa R ü c k e r schließt die Sitzung des Gemeinderates um 20.50 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa R ü c k e r

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard R ü s c h

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.ⁱⁿ Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb